

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, täglich, und kostet sammt den Beilagen im Comptoir ganzjährig 11 fl., halbjährig 5 fl. 50 kr., mit Kreuzband im Comptoir ganzj. 12 fl., halbj. 6 fl. Für die Zustellung in's Haus sind halbj. 50 kr. mehr zu entrichten. Mit der Post portofrei ganzj., unter Kreuzband und gedrucker Adresse 15 fl., halbj. 7 fl. 50 kr.



Insertionsgebühr für eine Garmond-Spaltenzeile oder den Raum derselben, ist für 1malige Einschaltung 6 kr., für 2malige 8 kr., für 3malige 10 kr. u. s. w. Zu diesen Gebühren ist noch der Insertions-Stempel per 30 kr. für eine jedesmalige Einschaltung hinzu zu rechnen. Inserate bis 10 Zeilen kosten 1 fl. 90 kr. für 3 Mal, 1 fl. 40 kr. für 2 Mal und 90 kr. für 1 Mal (mit Inbegriff des Insertionsstempels).

# Laibacher Zeitung.

## Amtslicher Theil.

**S.** k. k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 14. Jänner d. J. an dem Metropolitankapitel von Zara zum Domherrn den Spiritualdirektor des dortigen theologischen Central-Seminars, Ehrenkanonikus Spiridion Radisić, und zu Ehrenomherren den Professor der Theologie und Rector des Central-Seminars in Zara Georg Markić, dann den Pfarrdechant von Nona Jakob Belan allergnädigst zu ernennen geruht.

Das Staatsministerium hat im Einvernehmen mit den anderen betheiligten Ministerien die Einrichtung der von Kaspar Polin, Salomon Cohen und Genossen in Triest gegründeten Transportversicherungsgesellschaft „La senice Triestina“ bewilligt und deren Statuten genehmigt.

Das Ministerium für Handel und Volkswirtschaft hat die in der Sitzung der Grazer Handelskammer vom 2. Jänner d. J. erfolgte Wiederwahl des Franz Nisch zum Präsidenten und des Joseph Oberranzmayr zum Vize-Präsidenten der genannten Kammer bestätigt.

## Nichtamtlicher Theil.

Laibach, 26. Jänner:

Die beiden officiösen Organe, die österreichische „General-Korrespondenz“ und die preussische „Provinzial-Korrespondenz“ befinden sich in einem seltamen Widerspruche. Während jene den Gerüchten entgegentritt, daß Prinz Friedrich Karl bei seiner Anwesenheit in Wien mit hochgestellten militärischen Persönlichkeiten Unterhandlungen gepflogen habe, behauptet diese gerade, daß solche Unterredungen „unter Theilnahme der dem Kaiser nächststehenden Generale“ wiederholt stattfanden. Die Lehre, die aus diesem Widerspruche hervorgeht, ist nach der „D. D. P.“ folgende: In Wien sucht die Regierung die öffentliche Meinung über die Besorgnisse zu beruhigen, daß man sich mit Preußen zu weit eingelassen; in Berlin im Gegentheil findet man ein Interesse daran, den Glauben aufrecht zu halten, daß die Allianz mit Oesterreich in der vollsten Blüthe steht, und zwar mit dem militärischen Oesterreich! Weshalb? Ist nicht schwer zu beantworten.

Gegenüber den Mittheilungen vieler Journale, daß Prinz Friedrich Karl keinen österreichischen Minister gesprochen habe, schreibt man der „Indep.“ aus Paris folgendes Faktum: Freitag hat Prinz Friedrich Karl mit Grafen Mensdorff und Staatsminister Schmerling eine längere Unterredung gehabt. Am selben Abende traf Graf Mensdorff mit dem Herzoge von Grammont zusammen und gab ihm die Versicherung, daß die Anwesenheit des Prinzen Friedrich Karl keinen anderen Zweck habe, als die Beilegung gewisser Differenzen, die zwischen Oesterreich und Preußen wegen der Successionsfrage entstanden sind, indem der Kaiser von Oesterreich sich nie von der Bahn entfernen wolle, welche das Recht in Deutschland wahren und den europäischen Frieden erhalten soll.

Die „Opinion Nationale“ will wissen, daß Drouyn de Lhuys demnächst wieder eine auf die schleswig-holstein'sche Frage Bezug nehmende Note versenden werde. Drouyn werde den Nicht-Interventions-Standpunkt Frankreichs neuerdings betonen, doch aber darauf aufmerksam machen, daß Oesterreich und Preußen nicht Alles für sich behalten, sondern auch die Rechte des Bundes und der Herzogthümer berücksichtigen sollen.

Die aus Madrid eingetroffenen Nachrichten sind sehr ernster Natur und lassen den bevorstehenden Ausbruch einer von den Progressisten zu leitenden Bewegung kaum mehr bezweifeln.

## Ans dem Finanzausschusse.

Wien, 24. Jänner.

Im Finanzausschusse des Abgeordnetenhauses begannen heute die Verhandlungen, deren Zweck es ist, das aus der laufenden Gebahrung dieses Jahres hervorgehende Defizit durch Herabminderung des veranschlagten Erfordernisses zu beseitigen. Dies soll, wie bekannt, zuvörderst im Wege der Vereinbarung mit der Regierung versucht werden.

Die Sitzung begann um 10 Uhr. Die Regierung war repräsentirt durch die Minister Necser, Schmerling, Plener, Lasser, Hein, Burger und den Leiter des Handelsministeriums, Baron Kalchberg. Eine große Anzahl von Mitgliedern des Abgeordnetenhauses, darunter auch der Präsident Ritter v. Hasner, waren als Gäste anwesend. Baron Necser, als der rangälteste Minister, legte, wie wir hören, in einem Exposé den Standpunkt dar, den das Ministerium bei der Verfassung des Staatsvoranschlags eingehalten habe und den es jetzt gegenüber dem vom Finanzausschusse angenommenen Antrage des Grafen Brints einnehme. Der Kern des Exposé's war, daß die Regierung dem Brints'schen Antrage insoweit beitrete, als auch sie auf mögliche Ersparnisse hinzielt. Sie sei daher auch bereit, zu einer Vereinbarung über die Herabminderung des Erfordernisses die Hand zu bieten. Um aber eine Basis zu gewinnen, handle es sich für die Regierung vor Allem darum, genau zu wissen, wie hoch der Finanzausschuss das Gebahrungs-Defizit berechne?

Abg. Tafschel berief sich dieser Frage gegenüber auf den Bericht, den das zur Ermittlung der wahren Größe des Defizits niedergelegte Comité erstattet habe, und in welchem das Defizit aus der laufenden Gebahrung auf 22 Millionen veranschlagt sei. Er müsse jedoch die Bemerkung hinzufügen, daß durch verschiedene Umstände, die nachträglich eingetreten, sich gezeigt habe, daß jene Ziffer keineswegs mehr die richtige sei. Es seien nämlich seitdem Nachtragskredite gefordert, und eine Reihe von Bedeckungsposten als zu hoch angelegt befunden worden; das Defizit werde sich also höher stellen.

Die Minister Plener, Schmerling und Lasser nahmen nun nacheinander das Wort, um darzutun, daß man in diesem Zeitpunkt doch nur das von der Regierung vorgelegte Präliminare bei der Berechnung des Defizits als Basis annehmen könne. Diese Ansicht wurde von Seiten mehrerer Ausschussmitglieder, vorzüglich von den Abgeordneten Herbst und Winterstein, entschieden bekämpft, und insbesondere hervorgehoben, daß man doch jedenfalls die bisher richtig gestellten Bedeckungsposten in Berücksichtigung ziehen müsse, wenn man sich auch bezüglich der anderen Ansätze an das Präliminare der Regierung halten wolle. Im Allgemeinen aber wurde von den meisten Mitgliedern des Finanzausschusses bemerkt, daß es ja auf eine ganz genaue Feststellung der Ziffer des mutmaßlichen Defizits nicht ankomme, und daß das Ministerium daher, hievon absehend, die anderen in seiner Zuschrift an das Präsidium des Hauses angedeuteten Vorfagen bekanntgeben möge. Die Minister jedoch bestanden auf ihrer Forderung, ihnen vorerst die genaue Ziffer des Defizits anzugeben.

Dr. Giskra beantragte nun, das Defizit aus der laufenden Gebahrung auf 25 Millionen zu veranschlagen. Dagegen sprachen mehrere Redner, unter Anderm Abg. v. Hopfen, welcher bemerkte, daß, wie immer auch die Abstimmung über den Giskra's-

schen Antrag ausfallen möge, dieselbe nicht als bindend für die einzelnen Mitglieder des Ausschusses angesehen werden könne. Ritter v. Grocholski brachte den Gegenantrag ein, daß man von der Bezifferung des effektiven Defizits abstehe und ein Defizit von 22 Millionen als Basis der Vereinbarung annehmen möge.

Als es zur Abstimmung kam, erlangte der von Dr. Giskra gestellte Antrag die Stimmenmehrheit (17:10). Ein Ergänzungsantrag des Grafen Rinsky, die Ziffer von 25 Millionen als das Minimum des Defizits anzusehen, wurde gleichfalls von der Majorität angenommen.

Der Polizeiminister Freiherr v. Mecsery erklärte hierauf in seinem Namen und im Namen seiner Kollegen, die Verhandlung unterbrechen zu müssen, da bei der über das ursprünglich berechnete Defizit von 22 Millionen hinaus angenommenen Defizitziffer, eine neuerliche Verathung der Regierung nothwendig geworden sei. Doch wurde ausdrücklich betont, daß die Verhandlung eben nur aus diesem Grunde unterbrochen, nicht abgebrochen sei. Die Fortsetzung der Verhandlung wurde auf Antrag des Ministers Schmerling auf Donnerstag, zehn Uhr Vormittags, anberaumt.

## Oesterreich.

Wien, 23. Jänner.

Der Banns von Kroatien hat die Weisung, seine Einleitungen zu der Banalkonferenz derart zu treffen, daß dieselbe in den ersten Tagen des kommenden Monats eröffnet werden kann. Die Mittheilung, welche die Eröffnung bestimmt für den 4. Februar ankündigt, soll eine verfrühte sein. Für die Einberufung des kroatischen Landtages selbst ist die erste Hälfte des April-Monats bestimmt in Aussicht genommen. Die Absicht übrigens, den kroatisch-slavonischen Landtag zu versammeln und dadurch auf den letzteren einen gewissen Druck zu üben, wird von officiöser Seite ausdrücklich in Abrede gestellt. Es soll vielmehr, wie man versichern hört, eine beschlossene Sache sein, den ungarischen Landtag sobald einzuberufen, als eine Regelung des kroatischen Wahlgesetzes auf Grundlage der Beschlüsse der Banaltafel auch die gleichzeitige Einberufung des kroatisch-slavonischen Landtages möglich mache.

Wenn der bevorstehende ungarische Landtag dann die Theorie von dem starren Festhalten an der 1848er Gesetzgebung fallen lasse, so will die Regierung ihrerseits, wie man erzählt, ebenfalls die Verwirklichung der Theorie fallen lassen. Sie soll bereit sein, Ungarn besondere Ministerien für Verwaltung, Justiz und Unterricht zuzugestehen; die betreffenden Minister würden dem ungarischen Landtage verantwortlich sein und in Pest-Ofen residiren. Ein besonderer „Minister für Ungarn“ soll hingegen als Mitglied des Ministerathes in Wien seinen Sitz haben, die Hofkanzlei wird, im Zusammenhange mit dieser Reorganisation, aufgelassen und kein Palatin ernannt werden. Sobald diese neuen Einrichtungen für Ungarn definitiv festgesetzt sind, soll dem Reichsrathe ein Minister-Verantwortlichkeits-Gesetz als Reichsgesetz vorgelegt werden.

Man bezeichnet den Grafen Mensdorff als jenes Mitglied des Ministerrathes, das am entschiedensten auf einen Ausgleich mit den östlichen Königreichen dringe; die Regelung der transleithanischen Verhältnisse sei, erklärt Graf Mensdorff, die erste Bedingung für eine kräftige österreichische Politik. (N. Fr. Pr.)

— 24. Jänner. „Böcsi Hiradó“ bringt folgende Mittheilung: Die Allerh. Entschliessung Sr. Majestät auf die Vorschläge der ungarischen Hofkanzlei zur Justizreform sind herabgelangt. Das königl. Reskript ordne mit Beseitigung jeder Otkroyirung bloß an, daß die Zahl der Referenten der königl. Tafel ver-

mehrt und unter den Assessoren der Septemviraltafel mehrere zum Referat über die Prozesse verpflichtet werden. Zugleich ist darin der Allerhöchste Befehl enthalten, daß hinsichtlich der zur baldigen Aufhebung der Militärgerichte erforderlichen Verfügungen die nöthigen Vorschläge ungefäumt unterbreitet werden sollen. — Dieses allergnädigste königl. Reskript, fügt „Bécsi Hiradó“ seiner Mittheilung bei, rechtfertigt glänzend den durch unser Blatt in dieser Angelegenheit von Anfang an eingenommenen Standpunkt, so wie es ein neues mächtiges Motiv darbietet, daß die Nation der Weisheit und dem väterlichen Wohlwollen Sr. Majestät unbedingt vertraue.

**Triest, 26. Jänner.** Wie der „Osserv. triest.“ meldet, hat sich der städtische Ausschuss, mit dem Herrn Podestà an der Spitze, gestern zu Sr. Erz. dem Herrn Statthalter begeben, um demselben seine Ehrerbietung zu bezeigen. Der Herr Podestà legte dar, daß der städtische Ausschuss, indem er in Folge der Auflösung des Stadtrathes in einen besondern und erweiterten Wirkungskreis trete, die größere Verantwortlichkeit fühle, die er zu übernehmen im Begriffe stehe, gleichzeitig aber auch das Bedürfnis, Sr. Erz. seine Ehrerbietung zu bezeigen und dessen kräftige und wohlwollende Unterstützung anzurufen. Mit der Bitte um die Gewährung derselben verband der Podestà den Ausdruck tiefen Bedauerns über die Ursache, welche die Auflösung des Stadtrathes herbeiführte, und fühlte sich zugleich verpflichtet, im Namen des Ausschusses seine aufrichtige Loyalität und Hingebung auszudrücken, deren Dolmetsch er Sr. Erz. den Herrn Statthalter, der sich jetzt in die Hauptstadt begeben, bei Sr. Maj. dem Kaiser zu sein bitte. Für diese Aufmerksamkeit dankend, äußerte Sr. Erz., er könne nicht umhin, zu beklagen, daß der Schatten eines Verdachtes die Stadt Triest in ein zweideutiges Licht gestellt habe. Er wisse recht gut, daß die große Mehrheit des Stadtrathes nicht abgeneigt gewesen sei, mit dem Podestà zu stimmen, nach dem zufälligen Ergebnisse der Sitzung vom 16. d. M. wäre es jedoch nöthig gewesen, jenen Protest einstimmig und in Gegenwart aller Mitglieder des Stadtrathes zurückzuweisen. Dies sei eben unmöglich gewesen, indem es notorisch sei, daß einige Mitglieder des aufgelösten Stadtrathes keine der österr. Regierung freundliche Gesinnungen hegten. Es sei Aufgabe der Stadt Triest, in Zukunft solche Elemente von ihrer Vertretung auszuschließen. Inzwischen habe es unter solchen Umständen seine Pflicht nicht bloß gegen den Monarchen und das Reich, sondern gegen die Stadt Triest selbst, erforderte, die Auflösung des Stadtrathes zu beantragen. Triest werde zeigen, daß es stets werth sei, den Namen der allergerneisten Stadt zu tragen. Er hege die volle Zuversicht, daß der städtische Ausschuss, bis zur Einberufung des neuen Stadtrathes, die Geschäfte mit jenem Eifer und jener gewissenhaften Thätigkeit führen werde, welche die wichtigen Interessen der Stadt erheischen, die er dem Ausschusse ans Herz lege. Hierauf wandte sich der Herr Statthalter an den Herrn Podestà und drückte ihm seine Befriedigung über die Loyalität und Festigkeit, womit er die schwierigen Angelegenheiten in letzterer Zeit geleitet, so wie die feste Ueberzeugung aus, daß sich ihm auch die Stadt Triest für die Fürsorge, womit er sich ihres Rufes und Ansehens angenommen, verpflichtet bekennen werde. (Tr. Z.)

**Brünn.** Bekanntlich hat der mährische Landtag in seiner letzten Session ein Landesgesetz zur Regulirung der Volksschullehrereinkünfte beschlossen, welches in der Wesenheit dahin ging, daß die bisher von den einzelnen Anfassern geleisteten Gehaltsleistungen an Geld und Naturalien von der Gemeinde zu übernehmen und das Schulgeld so wie die Naturalien nach dem höchsten Ausmaße in den letzten fünf Jahren zu fixiren sind. Dieser Gesetzentwurf hat die Sanction Sr. Majestät des Kaisers nicht erhalten, weil es einem künftigen Reichsgesetze vorbehalten ist, den Einfluß der Gemeinden auf die Volksschulen zu regeln und erst darnach die materielle Lage der Schullehrer geregelt werden kann.

## Rusland.

**Berlin, 24. Jänner.** (Sitzung des Abgeordnetenhaus, Adressdebatte.) Die Tribünen sind überfüllt. Anwesend sind die Minister: Bodelschwingh, Mühlner, Selchow und Graf Eulenburg. Der Präsident v. Grabow verliest ein Schreiben des Ministeriums, wonach der Beschluß des Hauses in Bezug der Einberufung des Herrn v. Sautens-Julienfelde als ungefänglich und die Befugnisse überschreitend erklärt und für Tettau eine Neuwahl angeordnet wird.

Ein Schreiben v. Sautens an den Landtag erklärt, daß derselbe die Wahl ablehne. Herr v. Grabow bemerkt, die Ablehnung v. Sautens mache das Ministerialschreiben gegenstandslos. Abg. Hoyerbeck verzichtet auf seinen Antrag, weil er glaubt, daß andere Konflikte noch zu schlichten sein werden. Der Antrag auf Vertagung der Adressdebatte wegen Erkrankung des Abg. Reichensperger wird abgelehnt.

Hierauf erhält der Adressreferent Abg. Twesten das Wort. Derselbe bemerkt: Minoritätsanträge auf Adressen seien nach der Geschäftsordnung nicht zu befechtigen und erbittern erfahrungsgemäß die Adressen erfolglos. Der Entwurf des Abg. Reichensperger entspreche theilweise der Ansicht der Majorität. Die Erfolge nach außen hätten die Stellung nicht verändert; der Ausgleich sei wünschenswerth, doch hoffnungslos, da die Regierung die unmodifizierte Anerkennung der Heeresreform verlange.

Das Militärbudget vom Jahre 1863 sei fast um 3 Mill. erhöht worden; frühere Versuche der Regierung zur Verständigung verlangten den Verzicht auf das Grundrecht der Geldbewilligung. Die Budgetberatungen seien aufgenommen, abgebrochen, willkürlich gestaltet worden. Gegen den Entwurf Wagener's betont Twesten: Absolutistische Prerogative seien mit der Verfassung und Volksfreiheit unverträglich, indem sie Krone und Volk trennen; dagegen sei die Majorität einig, eine Adresse unnöthig.

Nach kurzen Bemerkungen mehrerer Abgeordneten wird die Diskussion geschlossen. Als Antragsteller bemerkt Abg. Osterrath: Die Thronrede sei sehr verständig; der vom Referenten vorgeschlagene Weg führe keine Verständigung herbei. Ihm seien aber aus allen Theilen des Landes zustimmende Worte zugekommen; auch im Hause habe man vielfach das Einverständnis mit seiner Adresse gehört.

Abg. Wagener bemerkt: Das Haus dürfe die vom Könige gebotene Hand nicht zurückweisen. Das Haus wolle dänische Zustände und ergänze Verfassungsgelüste durch falsch verstandenes Staatsrecht anderer Länder. — Der Adressentwurf Reichensperger's wird mit 275 gegen 24 Stimmen abgelehnt, ebenso der von Wagener's. Die Abstimmung war keine namentliche.

**Berlin, 24. Jänner.** (Adressdebatte) Vor der Abstimmung spricht der Minister des Innern, Graf Eulenburg, die Genugthuung aus, daß der Referent beigetragen, daß der Ton bei der Diskussion an bessere Zeiten erinnere. Der Kern des Konfliktes sei die Militärfrage. Das Ministerium habe den Zustand vorgefunden und nicht herbeigeführt; es würde denselben nicht herbeigeführt haben. Aber ohne die Rechte der Krone zu beschädigen, sei derselbe nicht zu befechtigen. Der Monarch sei Soldat durch und durch, der die Bedeutung des Heeres in tiefster Tiefe erfasse. Er werde von den Prinzipien der Reorganisation keinen Punkt hergeben. Das Haus möge für den Kampf bezüglich des Budgetrechtes einen anderen Probirstein wählen als die Militärfrage; dann werde der zweijährige Kampf zum Heile des Vaterlandes dienen und mehr zur Entwicklung der Verfassung beitragen als man glaubt. Das Haus möge dieß nicht seinen Nachfolgern überlassen, sondern selbst Hand anlegen, damit Preußen so groß werde, als daselbe es verdiene.

**Berlin, 24. Jänner.** In der heutigen Sitzung des Herrenhauses, in welcher der Ministerpräsident Herr v. Bismarck anwesend war, fand die Adressdebatte statt. Ein Amendement Blömer's auf Abänderung des Article 8 (Betonung der rücksichtsvoll gebrauchten Rechte der Landesvertretung) findet Unterstützung. Gaffron als Referent, empfiehlt die Annahme der Adresse; ebenso Arnim-Voghtenburg und Krassow. Letztere beide verlangen Fernhaltung des Hauses von der auswärtigen Politik und Zustimmung zu der inneren Politik des Ministeriums. Krassow betont die Allianz mit Oesterreich, sowie, daß die Fortschrittspartei in die Rechte der Krone eingreife und alles Bestehende erschüttere; er billigt die Maßnahmen der Regierung gegen die Oppositionspartei, wünscht die kräftigste Unterstützung des Hauses und empfiehlt die Ablehnung des Amendements und Annahme der Adresse.

Blömer empfiehlt hierauf ein Amendement zu konkreter Fassung des Passus über die schleswig-holstein'sche Frage und über das Budgetrecht. Below betont die moralische Eroberung Preußens durch die Vergrößerung Deutschlands, sowie die Befreiung der Augustenburg'schen Opposition und empfiehlt, hierin die Regierung zu unterstützen. Waldow-Steinhöfel ist gegen das Amendement und für die Annahme der Adresse.

Senff legt Verwahrung ein gegen die Verunglimpfungen der heiligen Person des Königs und behauptet, die Berliner Stadtverordnetenversammlung werde seitens der Fortschrittspartei im Geheimen beeinflusst. Fürst Boguslaw Radzivil protestirt gegen eine faktische Beeinflussung der Abstimmungen in der Berliner Stadtverordnetenversammlung.

Der Ministerpräsident dankt für das der Regierung in der Adresse des Herrenhauses ausgesprochene Vertrauen. Er sagt: die Basis aller konstitutionellen Verfassungen sei ein Kompromiß, dieß umso mehr in Preußen, wo drei gleichberechtigte Faktoren neben einander stehen. Das System einer Vermehrung des Herrenhauses, als Ball gegen das Haus der Abgeordneten, sei verwerflich; es führe von dem Verufe des Herrenhauses, einer von der Tagespolitik unab-

hängigen glänzenden Körperschaft ab, es führe zum Einkammersystem.

Der Weg zum Kompromisse mit dem Abgeordnetenhaus sei durch dessen Beschluß vom September 1862 verlassen worden, die gegenwärtige Regierung habe einen Konflikt vorgefunden; wolle sie diesen nach dem Verlangen des andern Hauses lösen, so müsse sie die Armeeorganisation aufheben, was unmöglich sei. Der Ministerpräsident dankt weiters für die Zustimmung zur äußern Politik des Ministeriums und fährt fort: Kein praktischer Geschäftsmann könne vorzeitig noch schwebende Projekte veröffentlichen; er könne nur versichern, die Interessen Preußens werden auf das Beste wahrgenommen werden. Preußenblut werde nicht umsonst geflossen sein. Die liberale Presse habe der Regierung das Bündniß mit Oesterreich vorgeworfen, und auch das andere Haus werde es thun. Die Zukunft werde ein helleres Licht als die bisherigen Ereignisse und seine gegenwärtige Erklärung, geben. Wenn nicht dieser Weg, so wäre nur ein Bundeskrieg übrig geblieben und zwar neben Oesterreich als Präsidialmacht. Hätte man uns auch die Kriegführung anvertraut, so wäre uns doch nicht jene Berücksichtigung unserer Pläne auf die Gestaltung der Herzogthümer, wie von dem wohlwollenden befreundeten Oesterreich geworden. Der Gedanke, der Krieg hätte für Preußen geführt werden müssen, führe nur zur Konjunkturpolitik und sei nicht diskutierbar. Jedenfalls würde man sich nur auf die preussischen Truppen, sonst auf die Hilfskräfte nicht regelmässiger Truppen, stützen müssen. Die Deffentlichkeit seines Vortrages gebiete ihm, sich auf das Geäußerte zu beschränken.

Die Adresse wurde schließlich mit 84 gegen 6 Stimmen angenommen.

**Aus Brüssel, 14. d. M.,** schreibt man dem „Kamerad“: Die vierte und letzte Abtheilung des belgo-mexikanischen Regiments „Kaiserin Charlotte“ hat sich heute in der Stärke von 200 Mann und unter Leitung von 16 Offizieren von Dudenarde aus auf den Weg zu seinem überseeischen Bestimmungsorte gemacht. Die Einschiffung in St. Nazaire wird übermorgen an Bord der „Louisiana“ erfolgen, welche gleichzeitig 150 Mann französischer Verstärkungstruppen nach Mexiko transportiren wird. Gestern haben die abziehenden Landeskinder in Dudenarde auf Kosten ihrer Offiziere ein sehr belebtes Abschiedsmahl gehalten.

## Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

**Laibach, 27. Jänner.**

Zur nachdrücklichen und schnellern Handhabung der Maßregeln für die öffentliche Sicherheit sind in den Orten Földnig und Stopp neue Gensdarmereiposten aufgestellt worden, welche ihre Wirksamkeit am 10. d. M. begonnen haben.

Wie wir hören, ist vorgestern die Nachricht hier eingetroffen, daß der frühere Direktor der Wohlthätigkeits-Anstalten Herr Dr. S. Huber, welcher anlässlich seiner Pensionirung vor zwei Jahren mit dem Franz-Josefs-Orden ausgezeichnet wurde, von Sr. Majestät nun auch in den Adelsstand erhoben worden ist. Man freut sich hier allgemein über diese, dem verehrten, um das öffentliche Wohl so verdienten alten Herrn zu Theil gewordene neue Auszeichnung, die ihn leider auf dem Krankenlager traf.

Herr Bergkommissär Ritter W. v. Fritsch wird, wie wir hören, nächstens eine Reihe populärwissenschaftlicher Vorlesungen über naturwissenschaftliche Gegenstände eröffnen, denen wir eine recht zahlreiche Theilnahme von Seite des Publikums wünschen.

Nächsten Sonntag, 29. d. M., Vormittags um 11 Uhr findet im Schulklokale der phitharmonischen Gesellschaft im Redoutensaale die Plenarversammlung der Gesamtgesellschaft statt, nach deren Schluß eine außerordentliche Plenarversammlung des Männerchors abgehalten werden wird.

Von einem mexikanischen Freiwilligen ist uns ein Schreiben zugekommen, in welchem derselbe über die ihm sowohl von Seite der Ärzte als auch der Ordensschwester zu Theil gewordene Pflege und Behandlung im hiesigen Zivilspitale die lebhafteste Anerkennung und den wärmsten Dank ausdrückt.

Die pro Dezember 1864 ausgegebenen „Mittheilungen des historischen Vereins für Krain“ enthalten: Das Casino in Laibach seit 1782. Von Dr. F. Costa. — Herzog Rudolf IV. und das Land Krain. Historische Skizze von P. v. Radics. — Verzeichniß der neu eingetretenen Mitglieder und der Erwerbungen.

Morgen Samstag wird zum Vortheile des Fr. Hermann zum ersten Male gegeben: „Eine weiße Sklavin“, oder: „Amerikanische Gesetze“, ein nach einem Romane bearbeitetes Sittengemälde amerikanischen Lebens. Das Stück ist romantisch genug, um ein zahlreiches Publikum anzulocken, was, wenn es geschieht, den Wünschen der Benefiziantin nur entsprechen wird.

— Von der poetischen Erzählung L. Germonit's „die Joseskapelle“ ist die zweite Auflage erschienen. Das Erträgniß ist als Beitrag für Freskomalereien in der Kirche zu Jgg bestimmt.

Neustadt, 26. Jänner. Der Mühl- und Realitätenbesitzer, Gemeindeauschuß und Jagdpächter Joh. Szanz von St. Michael, ein allgemein geachteter, thätiger Mann, Vater von 7 Kindern, und gestern früh in Gegenwart zweier seiner Kinder sein Doppelpfeil, um auf die Jagd zu gehen. Er hatte zuerst die Kapseln aufgesteckt; als er dann das Pulver in beide Läufe gethan und die Schrotladung aufsetzte, stieß er, den Daumen auf die Mündung gedrückt, das Gewehr auf den Boden, worauf sich der linke Lauf entzünd, der Schuß den Daumen zum Theil wegriß und die Schrote ihm durch's rechte Auge drangen, worauf er sofort rücklings todt zu Boden stürzte.

— Das Triester k. k. Landesgericht hat entschieden, daß der Artikel „Conseil communal“ in Nr. 4 des in Triest erscheinenden Blattes „Le Moniteur de Trieste“ das Objekt des in §. 302 des St. G. B. vorgesehene Vergehens enthalte und demgemäß die von der Polizei-Direktion verhängte Sequestrierung desselben bestätigt, sowie dessen Weiterverbreitung untersagt und die Vernichtung der sequestrierten Blätter angeordnet.

— Die kärntnerische Sparkassa hat bei der Generalversammlung vom 16. Jänner l. J. die bedeutende Summe von 6150 fl. zu gemeinnützigen und wissenschaftlichen Zwecken gespendet; darunter sind auch das naturhistorische Museum und der Geschichtsverein mit namhaften Beträgen.

— Der Klagenfurter Männergesangsverein veranstaltet gemeinschaftlich mit dem Turnvereine am 4. Februar im Gasthause „zur Post“ einen Narren-Abend.

— Im Jahre 1863 standen in Kärnten 42 Dampfmaschinen bei der Erzeugung von Industrie-Gegenständen in Verwendung, während im Jahre 1862 noch keine einzige vorhanden war.

— Vorgestern wurde auf der Steinbrück-Agramer Bahnstrecke ein Bettler überfahren, dessen Identität noch nicht festgestellt werden konnte.

## Wiener Nachrichten.

Wien, 26. Jänner.

Ihre Majestäten der Kaiser Ferdinand und die Kaiserin Maria Anna haben am Schluß des Jahres 1864 zur Vertheilung an die Armen der k. Bergstadt Wylschegrad den Betrag von 200 fl. zu spenden geruht.

— Es liegt ein Bericht vor, daß den Mitgliedern des aufgelösten Studenten-Comité's nicht eine Rüge, sondern bloß eine freundschaftliche Ermahnung, welche keine weiteren Folgen für die Betheiligten nach sich zieht, erteilt worden ist.

— Unter dem Titel „Deborah“ wird mit Anfang des kommenden Monats in Prag eine neue, israelitischen Interesses gewidmete Zeitschrift zur Belehrung und Unterhaltung, namentlich der Frauenwelt, von dem früheren Eigenthümer und Redakteur der „Zeitschrift“ Herrn Bloch herausgegeben werden. Wie verlautet, wird derselbe Herr auch die Herausgabe des „Abendlandes“ wieder in seine Hände nehmen.

— Der k. ungarische Statthaltereirath hat sämtliche betreffenden Komitatsleiter aufgefordert, alle Mittel anzuwenden, damit die in ihren Territorien befindlichen Badeorte in besseren Zustand und in Schwung kommen. Zu diesem Behufe ist eine sehr erschöpfende Instruktion erlassen worden.

— Vor den Araber Gerichten herrscht gegenwärtig, wie „Arab“ mittheilt, unter den Advokaten ein liebenswürdiger Sprachenwettbewerb, indem jeder derselben seine Repliken in der Sprache seiner Nationalität niederschreibt. Bedient sich der eine der rumänischen Sprache, so antwortet sein Gegner serbisch, oder ungarisch, oder deutsch, und die Richter haben dann vollauf Gelegenheit, vergleichende Sprachstudien zu betreiben.

## Aus dem Gemeinderathe.

Die gestrige Gemeinderathssitzung war durch die Anwesenheit Sr. Excellenz des Herrn Statthalters ausgezeichnet.

Nach erfolgter Verlesung und Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung und erfolgter Angekündigung der Bürgerpflichten von Seite eines neu ernannten Bürgers machte der Bürgermeister die Mittheilungen, daß die Entscheidung der hohen Landesregierung bezüglich der Zuständigkeit des Michael Kecelj dahin ausgefallen sei, daß derselbe nach Tersain zuständig sei; daß der Landesausschuß die Ueberlassung der Pläne und Kostenüberschläge für die Renovierung der Kapelle für die der Stadt Laibach ge-

schenkweise überlassene St. Johannesstatue abgelehnt habe, da dieselben behufs der über diesen Gegenstand in Aussicht stehenden Landtagsdebatte noch benötigt werden und daß aus Anlaß der im Monate März stattfindenden Neuwahlen folgende Mitglieder aus dem Gemeinderathe auszuscheiden haben: die aus dem 3. Wahlkörper gewählten Herren Hr. Dr. Bleiweis, Dr. Ahačič, Verhoun und Post; die aus dem 2. Wahlkörper gewählten Herren Stedry und Dr. Pfeiferer, und die aus dem 1. Wahlkörper gewählten Herren Blasnik und Pajst, und daß ferner auch an die Stelle der seither angetretenen Herren Gemeinderäthe Dr. Zhuber und Luchmann, so wie des seither verstorbenen Dr. Rač Neuwahlen vom 1. Wahlkörper vorzunehmen sein werden.

Bezüglich der in der vorigen Woche durch die Finanzsektion ohne Intervention des Bürgermeisters vorgenommenen Skontrirung der Stadtkasse stellt der Bürgermeister das Ersuchen, künftighin eine solche Skontrirung nicht mehr ohne seine Intervention vorzunehmen, worauf Hr. Dr. Schöppel bemerkt, daß die Finanzsektion glaube, den Akt der Skontrirung nicht ohne den Bürgermeister vornehmen zu können, da ja ohnehin der Kassaschlüssel zur Gegenparre in seiner Verwahrung sich befinden solle; da sie jedoch alle Schlüssel in der Hand des Kassiers vorfand, so glaube sie anstandslos die Skontrirung vornehmen zu können. Auch Dr. Ahačič wahrte das Recht der Finanzsektion zur Bornahme dieses Aktes. Doktor Schöppel erklärt übrigens alles in Ordnung vorgenommen zu haben und legt den Skontrirungsakt vor.

Ferner wurde über Mittheilung des Bürgermeisters an die Stelle des verstorbenen Bürgercomitémitgliedes Nuschaf der Herr Karl Tambornino in dieses Comité gewählt.

Interpellation wurde nur eine gestellt und zwar von Seite des Hr. Horak bezüglich der Benützung und Vermietung einiger Lokalitäten im Rathhause, die aber dadurch erledigt wird, daß die Finanzsektion demnächst einen diesbezüglichen Antrag stellen zu wollen erklärt.

Nachdem nach 4 Bürgerrechtsverleihungen und eine Aufnahme in den Gemeindeverband angenommen worden waren, kamen die bereits in der letzten Sitzung gestellten Anträge der Schulsektion bezüglich des sonntägigen Wiederholungsunterrichtes und der Gründung einer Gewerbeschule nach kurzer Reassumirung des Gegenstandes von Seite des Vorsitzenden zur Abstimmung und wurden unverändert angenommen, worauf die Gemeinderäthe Dr. Ahačič und Horak in Gemäßheit des §. 28 der Geschäftsordnung gegen diesen Beschluß Verwahrung einlegten.

Bezüglich des Wittgesuches der Lehrer an der städt. Knabenhauptschule bei St. Jakob um Remuneration aus Anlaß des sonntägigen Wiederholungsunterrichtes in den Jahren 1862 und 1863 beantragt G.-R. Dr. Bleiweis Namens der Schulsektion für jeden Lehrer für jedes Jahr einen Remunerationstrag von 50 fl. Ueber Antrag des Dr. Ahačič wird jedoch beschlossen, vor Genehmigung dieser Remuneration an die Handels- und Gewerbekammer die Anfrage zu stellen, ob dieselbe nicht einen Theil derselben zu übernehmen geneigt sei. — Ferner wurde über Antrag des G.-R. Dr. Bleiweis eine Nachtragszahlung von 8 fl. 66 kr. und die Anweisung eines Pauschales von 100 fl. pro 1865 zur Bestreitung der Prämienbücher, Buchdrucker- und Buchbinderarbeiten an der Ursulinen-Mädchen-Hauptschule genehmigt.

Das Referat der Schulsektion, bezüglich der Sicherstellung einiger Stiftungskapitalien, wurde in Abwesenheit des durch Krankheit verhinderten Referenten G.-R. v. Strahl durch den Schriftführer vorgelesen und unverändert gut geheißt.

Die Sektion für Bau- und Lokalpolizei-Angelegenheiten referirt über eine von Seite des Landesausschusses erfolgte Einholung der Wohlmeinung des Gemeinderathes bezüglich eines Gesuches der hiesigen Metzger um Aufhebung der Fleischsagung und beantragt in Gemäßheit der von Seite anderer Stadtgemeinden eingeholten Gutachten über diesen Gegenstand, welche übereinstimmend konstatiren, daß mit Aufhebung der Fleischsagung in kleineren Städten stets eine Erhöhung der Fleischpreise eintrete, die Aufhebung dahin zu erstatten, daß eine Aufhebung der Fleischsagung in Laibach nicht angezeigt erscheine. — Nach einer lebhaften Debatte, wobei G.-R. Horak auf die bedrängte Lage der hiesigen Metzger hinweist, weil die Fleischpreise im Verhältnisse zur Verzehrungssteuer zu niedrig gestellt sind, und G.-R. Dr. Bleiweis den Umstand berührt, daß die verschiedenen Fleischsorten, die sich an einem Stücke Großhornvieh von verschiedener Güte vorfinden, auch mit einer verschiedenen Taxe belegt werden sollten und in einer der nächsten Sitzungen einer besondern, auf eine Reform des Fleischer- und Fleischverkaufswesens in Laibach abzielenden Antrag einbringen zu wollen erklärt, wird der Sektionsantrag unverändert angenommen.

Wegen vorgerückter Zeit (1/2 8 Uhr) wird der Vortrag der Finanzsektion über die Stadtkassarechnung pro 1861 verlagert, und die Sitzung von Seite des Bürgermeisters in eine geheime verwandelt, um das Protokoll der letzten geheimen Sitzung vom 14. Oktober 1864 zu verlesen und zu genehmigen.

## Neueste Nachrichten und Telegramme.

### Original-Telegramm.

Wien, 27. Jänner. In der gestrigen Sitzung des Finanzausschusses nannte Minister Meesbery die Bedingungen für eine Budgetreduktion: Freiheit der Revenüments im Budget jedes Ministeriums, allsoogleiche Erledigung des Budgets für 1866. Der Ausschuß wollte früher die Summe der Reduktion wissen; die Minister verweigerten eine Erklärung und verließen den Saal.

Pest, 25. Jänner. (N. Fr. Pr.) Aus verlässlicher Quelle wird bekannt, daß die Publikation der Einberufung des ungarischen Landtags definitiv auf den 15. April festgesetzt ist, und daß die Eröffnung des ungarischen Landtags für den 15. Mai in Aussicht genommen wird. Die einleitenden Schritte haben die Allerhöchste Genehmigung erhalten. Die rasche Abwicklung der vor den Militärgerichten schwebenden Prozesse hat bereits begonnen. Herr v. Majlath, der frühere Tavernicus, ist neuerdings zu einem hohen Posten in Ungarn designirt.

Berlin, 24. Jänner (Nachts). In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses beantragten Schulze-Delitsch und Faucher, das Haus wolle folgendem Gesetzentwurf zustimmen: Die Bestimmungen der §§. 181 und 182 der Gewerbeordnung vom 17. Jänner 1845, betreffend das Coalitionsrecht der Arbeitgeber und der Arbeiter, werden aufgehoben. Abg. Roenne interpellirte: Ob und wann die Staatsregierung den k. Erlaß ddo. 20. Juni 1864, betreffend die Genehmigung des Preisenreglements, der Landesvertretung zur Genehmigung vorlegen werde.

Berlin, 25. Jänner. Die „Prov. Korresp.“ schreibt: Prinz Friedrich Karl hatte wiederholt längere Unterredungen mit Sr. Majestät dem Kaiser von Oesterreich allein oder unter Theilnahme der dem Kaiser nächststehenden Generale. Der Besuch des Prinzen, obwohl bestimmte politische Zwecke nicht zu Grunde lagen, hat sicherlich beigetragen, das erfreuliche Band der Waffenbrüderschaft und Bundesgenossenschaft zu stärken. — Die genannte Korrespondenz sagt ferner: Bei der Entscheidung über die Erbfolge in den Herzogthümern verdienen, abgesehen von etwaigen Rechten Preußens, die Ansprüche Oldenburgs und andere Erbansprüche dieselbe gewissenhafte Prüfung und Rücksichtnahme wie die Ansprüche des Herzogs von Augustenburg. Die Freunde des Herzogs sollten sorgen — wenn sie dazu beitragen wollen, die Lösung im Sinne des genannten Herzogs überhaupt möglich zu machen —; daß Preußen und Deutschland in diesem Falle die Gewähr rückhaltloser Erfüllung der unter allen Umständen nothwendigen Bedingungen erhalten.

Die „Nordd. Allg. Ztg.“ erinnert gegenüber der Nachricht, die schleswig-holstein'schen Schiffe würden von der Küstenschiffahrt Dänemarks ausgeschlossen werden, an Art. 21 des Friedensvertrages, nach welchem die Bewohner der Herzogthümer bezüglich der Schifffahrt von Dänemark auf dem Fuße der meistbegünstigten Nationen behandelt werden.

Paris, 25. Jänner. (N. Fr. Pr.) Carl Russell hat sich in einer Depesche an das preussische Kabinet gegen die Annexion der Herzogthümer ausgesprochen. England besorge, daß in diesem Falle Frankreich Anspruch auf eine Kompensation erhebt.

Nachrichten aus Nizza melden, daß der Großfürst-Thronfolger von Rußland schwer erkrankt ist.

Paris, 25. Jänner. (N. Fr. Pr.) Der Kaiser hat der Witwe Proudhon's eine Pension anbieten lassen.

Paris, 25. Jänner. Der „Moniteur“ (Abendausgabe) meldet, daß der Senat und gesetzgebende Körper für den 15. Februar einberufen sind.

Madrid, 24. Jänner. Der Ministerrath hat heute beschlossen, aus dem Gesetze über die Vorerhebung der Steuern eine Kabinettsfrage zu machen.

## Theater.

Heute Freitag: Die Karlschüler, Schauspiel in 5 Akten, von Heinrich Laube.

Morgen Samstag: Zum Vortheile der Schauspielerin Hermine Herrmann, zum ersten Male:

Eine weiße Sklavin, oder: Amerikanische Gesetze,

Sittengemälde in 4 Abtheilungen, frei bearbeitet nach dem Romane „Die Braut von Louisiana.“

5% Metalliques 72.35	1860-er Anleihe 95.95
5% Nat.-Anleihe 80.20	Silber . . . 114.-
Bankaktien . 825.	London . . . 114.75
Kreditaktien . 190.40	k. k. Dufaten 5.42

**Fremden-Anzeige**

vom 25. Jänner. Stadt Wien.

Die Herren: Brown, Gastgeber, von Klagenfurt. -- Hoch und Brandt, Agenten, von Triest. -- Klement, k. k. Oberlieutenant, von Krainburg.

**Elephant.**

Die Herren: Meier, Fabrikant; Heinrich, Kaufmann, und Buzl, Geschäfts-Reisender, von Wien -- Sutter, Privat, und Hell, Großhändlersohn, von Triest -- Hirschmann, Handelsmann, von Glatz. -- Hotschewer; Gutsebestzer von Graz. -- Polizer, Handlungsreisender, von Innsbruck. -- Fräulein Kaschmiller, Kaufmanns-Tochter, von Wien.

**Wohren.**

Herr Dolinscheg, Ochsenhändler, von Triest.

(142-2)

Nr. 2854.

**Exekutive Feilbietung.**

Von dem k. k. Bezirksamte Landstrab, als Gericht, wird hiemit bekannt gemacht:

Es sei über das Ansuchen der Anna Bozizh von Zernezavas, gegen Josef und Anna Bozizh von Pruschnavas wegen, aus dem Urtheile ddo. 5. Mai 1862, Z. 994, schuldiger 223 fl. 14 kr. ö. W. c. s. c. in die exekutive öffentliche Versteigerung der, dem Letztern gehörigen, im Grundbuche der Herrschaft Pleterjah sub Urb.-Nr. 540 und 540 1/2, und im Grundbuche der Herrschaft Thurnamhart sub Berg.-Nr. 558 und 571, vorkommenden Realitäten im gerichtlich erhobenen Schätzungswerte von 2482 fl. ö. W. gewilliget, und zur Vornahme derselben die exekutive Feilbietungs-Lagsatzungen auf den

24. Februar, 24. März und 21. April 1865.

jedesmal Vormittags um 9 Uhr, hiemit mit dem Anhange bestimmt worden, daß die feilzubietenden Realitäten nur bei der letzten Feilbietung auch unter dem Schätzungswerte an den Meistbietenden hintangegeben werden.

Das Schätzungsprotokoll, der Grundbuchsextrakt und die Lizitationsbedingungen können bei diesem Gerichte in den gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

k. k. Bezirksamt Landstrab, als Gericht, am 9. Dezember 1864.

(128-3)

Nr. 4669.

**Exekutive Feilbietung**

einer Forderung pr. 100 fl. ö. Währ.

Von dem k. k. Bezirksamte Littai, als Gericht, wird hiemit bekannt gemacht:

Es sei über das Ansuchen des Josef Rebol von Gorizhane Haus-Nr. 21 Bezirk Egg, gegen Mathias Tomshizh von Oberhötzich wegen, aus dem Urtheile vom 27. Mai 1864, Z. 1884, schuldiger 30 fl. ö. W. c. s. c. in die exekutive öffentliche Versteigerung der, dem Letztern gehörigen Forderung per 100 fl. ö. W., welche mit dem Uebergabvertrage vom 10. Februar 1862 auf der dem Johann Tomshizh gehörigen, im Grundbuche des Gutes Wildenegg sub Rkf.-Nr. 32 vorkommenden Realität inkubiert ist, gewilliget, und zur Vornahme derselben die Feilbietungs-Lagsatzungen auf den

22. Februar und 10. März 1865,

jedesmal Vormittags um 9 Uhr, in der Gerichtskanzlei mit dem Anhange bestimmt worden, daß die feilzubietende Forderung nur bei der letzten Feilbietung auch unter dem Nennwerthe an den Meistbietenden hintangegeben werde.

Der Grundbuchsextrakt und die Lizitationsbedingungen können bei diesem Gerichte in den gewöhnlichen Amtsstunden eingesehen werden.

k. k. Bezirksamt Littai, als Gericht, am 27. Dezember 1863.

(122-3)

Nr. 226.

(65-3)

**Dritte exekutive Feilbietung.**

Im Nachhange zum dießgerichtlichen Edikte vom 24. September v. J., Z. 3472, und vom 16. Dezember v. J., Z. 4755, wird bekannt gemacht, daß bei dem Umstande, als zur ersten und auch zweiten Feilbietung der dem Theodor Lappart von Krainburg gehörigen Realitäten kein Kauflustiger erschienen ist, zu der auf den

15. Februar l. J.

angeordneten dritten und letzten Feilbietung mit dem vorigen Anhange geschritten wird.

k. k. Bezirksamt Krainburg, als Gericht, am 14. Jänner 1865.

(123-3)

Nr. 239.

**Dritte exekutive Feilbietung.**

Vom gefertigten k. k. Bezirksamte, als Gericht, wird im Nachhange zum dießamtlichen Edikte vom 4. Oktober 1864, Z. 3611, bekannt gemacht:

Es werde bei dem Umstande, als zu der mit Bescheid vom 4. Oktober 1864, Z. 3611, auf heute angeordneten zweiten Feilbietung der dem Andreas Podjed von Hübben gehörigen Realitäten kein Kauflustiger erschienen ist, zu der auf den

16. Februar 1865

angeordneten dritten Feilbietung geschritten.

k. k. Bezirksamt Krainburg, als Gericht, am 17. Jänner 1865.

**A**usträge für Blumen-, Gemüse- und Feld-Sämereien, Pflanzen, Fruchtsträucher, Rosen, Georginen u. von Fried. Wilh. Wendl, Handelsgärtner in Erfurt, werden prompt und billig besorgt.

Gustav Stedry.

(183-1)

(71-3)

**I**n der Elephantengasse im Tabaksgewölbe sind über 160 Gattungen schönsten Sommerblumen-Samens, die Porten um 5 kr., zu haben.

Das Verzeichniß der Blumen zur beliebigen Auswahl liegt dort vor.

Nr. 4716.

**Edikt.**

In der Depositenkasse dieses k. k. Bezirksamtes erliegen nachstehende Depositen von unbekanntem Eigenthümern seit mehr als 32 Jahren, als:

1. für Kummerbei Florian in Silber 1 fl. 56 kr. B. B. 10 fl. 50 kr.
2. " Tholmainer Maria Erben " 1 " 45 " " 5 " 25 "
3. " Reibel Mathias öffentl. Obligt. " " " " 100 " -- "
4. " Roger Agnes in Silber 3 " 63 " " 4 " 1 "
5. " Sormann Johann " 9 " 80 " " 11 " 1 "
6. " Widig Elisabeth " 3 " 38 " " 6 " -- "
7. " Novak Matthäus v. Raklas " 68 " -- " " -- " -- "
8. " Peganische Bruderschaft in Obligt. -- " -- " " 12 " -- "
9. " Schimnoug Johann in Silber 49 " 80 " " -- " -- "
10. " Hrscht. Egg'sche Gemeinde " 14 " 93 " " -- " -- "
11. " Anton Zudermann Zwangs-Darlehen " 7 " 61 " " -- " -- "
12. " Verzehrungssteuerrückstand " 2 " 88 " " -- " -- "

Hievon werden allfällige Ansprecher auf die benannten Depositen mit dem Anhange verständiget, daß sie sich binnen der festgesetzten Frist mit ihren Ansprüchen auf das Depositem fogewiß hieramts zu melden haben, als sonst nach Ablauf derselben die betreffenden Depositen als erb- oder herrenlose Güter behandelt werden würden.

k. k. Bezirksamt Krainburg, als Gericht, am 14. Dezember 1864.

(119-3)

**! Bitte zu lesen !**

**!! Aerztliche Anerkennung !!**

Die Doppel-Brust-Malz-Bonbons des Herrn Viktor Schmidt, k. k. landesbef. Canditenfabrikanten, habe ich durch ihre Hauptwirkung auf die Schleimhäute sämmtlicher Luftwege für ein treffliches Beihilfsmittel gegen Husten, Heiserkeit und Brustleiden befunden.

Besonders angerühmt muß werden, daß diese Bonbons die Verdauung nicht belästigen, während andere gegen Husten u. angewendete sogenannte süße Schleimittel bei längerem Gebrauche die Verdauung beeinträchtigen.

Wien am 20. Dezember 1864.

(L. S.) Dr. F. Raudnik.

**! Gutachten !**

Die genaue sanitäts-polizeiliche Untersuchung der Malz-Bonbons des Herrn Viktor Schmidt hat ergeben, daß diese Bonbons außer Zucker und Malzextrakt schlechterdings keinen Bestandtheil, und zwar die Extraktivstoffe des Malzes aus und in reichlicher Menge enthalten.

Wien am 18. Dezember 1864.

(L. S.)

V. Alehinsky,

k. k. Landesgerichts-Chemiker, Prüfungskommissär der hohen Finanz-Landes-Direktion, path. Chemiker des k. k. Krankenhauses Wieden und Professor der Chemie.

Zu haben in den meisten Spezereihandlungen.

MOLL'S

**Seidlitz-Pulver.**



Central-Versendungs-Depot: Apotheke „zum Storch“ in Wien.

**Zur Beachtung.** Jede Schachtel der von mir erzeugten Seidlitz-Pulver und jedem die einzelne Pulverdose umschließenden Papier ist meine amtlich deponirte Schutzmarke aufgedrückt.

Preis einer versiegelten Originalschachtel 1 fl. 25 kr. ö. W. -- Gebrauchs-Anweisung in allen Sprachen.

Diese Pulver behaupten durch ihre außerordentliche, in den mannigfaltigsten Fällen erprobte Wirksamkeit unter sämmtlichen bisher bekannten Hausarzneien unbefritten den ersten Rang; wie denn viele Tausende aus allen Theilen des großen Kaiserreiches uns vorliegende Dankungsschreiben die detaillirten Nachweisungen darbieten, daß dieselben bei habitueller Verstopfung, Unverdaulichkeit und Sodbrennen, ferner bei Krämpfen, Nierenkrankheiten, Nervenleiden, Herzklopfen, nervösen Kopfschmerzen, Blutcongestionen, gichtartigen Glieder-Affectionen, endlich bei Anlage zur Hysterie, Hypochondrie, andauerndem Brechreiz u. s. w. mit dem besten Erfolg angewendet werden und die nachhaltigsten Heilergebnisse liefern.

**Niederlage** in Laibach bei Herrn Wilhelm Mayer, Apotheker „zum goldenen Hirschen.“ Görz: Fonzari. Gurkfeld: Fried. Bömches. Gottschee: Jos. Kru. Krainburg: Seb. Schaubnigg, Apotheker. Neustadt: Dom. Rizzoli und Josef Bergmann. Wippach: Ant. Deperis.

Durch obige Firma ist auch zu beziehen das

**Echte Dorsch-Leberthran-Öel.**

Die reinste und wirksamste Sorte Medicinalthran aus Bergen in Norwegen.

Jede Bouteille ist zum Unterschied von andern Leberthranforten mit meiner Schutzmarke versehen.

Preis einer ganzen Bouteille nebst Gebrauchsanweisung 1 fl. 80 kr., einer halben 1 fl. ö. W.

Das echte Dorsch-Leberthran-Öel wird mit dem besten Erfolg angewendet bei Brust- und Lungenkrankheiten, Scropheln und Rachitis. Es heilt die veraltetsten Gicht- und rheumatischen Leiden, so wie chronische Hautausschläge.

Diese reinste und wirksamste aller Leberthran-Sorten wird durch die sorgfältigste Einsammlung und Auscheidung von Dorschfischen gewonnen, jedoch durchaus keiner chemischen Behandlung unterzogen, indem die in den Originalflaschen enthaltene Flüssigkeit sich ganz in demselben ungeschwächten primitiven Zustande befindet, wie sie aus der Hand der Natur unmittelbar hervorging.

A. MOLL,

Apotheker und chemischer Producten-Fabrikant in Wien.

(95-2)